

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	100 (2006)
Heft:	4
 Artikel:	Das Strucksche Gesetz : zu den Spielräumen der Parlamentarischen Linken
Autor:	Annen, Niels
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-144573

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Strucksche Gesetz

Zu den Spielräumen der Parlamentarischen Linken

Der Autor dieses Artikels Niels Annen, 32, ist stellvertretender Sprecher der Parlamentarischen Linken im Deutschen Bundestag, seit 2005 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter aus Hamburg-Eimsbüttel und seit 2003 Mitglied im Parteivorstand der SPD. Von 2001 bis 2004 war er Bundesvorsitzender der Jusos. Er ist überzeugt, dass die Große Koalition die Debattenkultur nicht beeinträchtigt, sondern mehr Freiräume für echte Diskussionen – auch und vor allem in der SPD-Fraktion – geschaffen hat. Darin sieht der junge Parlamentarier auch Chancen, um im Sinne der Parlamentarischen Linken aktiv zu werden. Annen beruft sich auf das nach dem Fraktionsvorsitzenden Peter Struck benannte «Gesetz», dass keine Vorlage das Parlament so verlässt, wie sie eingebracht wurde.

Die Parlamentarische Linke ist der Zusammenschluss derjenigen Bundestagsabgeordneten, die sich im weitesten Sinne der Parteilinken zugehörig fühlen. Programmatisch steht die Parlamentarische Linke heute wohl eher im Zentrum der Partei. So hat sie den Agenda-Kurs von Bundeskanzler Gerhard Schröder zwar heftig kritisiert, ihn aber am Ende doch, wie das heißt, «kritisch begleitet». Die Parlamentarische Linke tritt für eine Demokratisierung der EU und eine stärkere Betonung des sozialen Europa ein.

Red.

Freiräume innerhalb der Grossen Koalition

Die für uns alle noch sehr ungewohnte *Große Koalition* hat die ersten 100 Tage absolviert. Außer kleineren Verstimmungen und Querschüssen, insbesondere aus den Reihen der Union, scheint das rot-schwarze Bündnis zu funktionieren. Die ganz großen Themen sind allerdings bislang auch nicht einmal annähernd gestreift worden, und so herrscht noch Harmonie vor.

Die Wählerinnen und Wähler danken es mit unglaublichen *Zustimmungsraten* zur Koalition und – zum Dilemma der Sozialdemokratie: der Kanzlerin und ihrer Union. Eine wesentliche Kritik an einer Großen Koalition im Vorfeld ist gänzlich verschwunden: das Argument, die Große Koalition schade dem Parlamentarismus, weil sie die Debatten, wenn überhaupt, aus dem Bundestag in die Bundesregierung trage. Zudem erstickte eine solche Koalition durch ihre übergroße Mehrheit strittige Diskussionen und den demokratischen Austausch im Parlament.

Die bisherige Entwicklung zeigt das Gegenteil. Die *Debatten* im Plenum des Deutschen Bundestages sind kontrovers, spannend, pointiert und doch von gegenseitigem Respekt getragen. Gerade die komfortable Mehrheit des rot-schwarzen Bündnisses erlaubt auch endlich wieder einen größeren Freiraum für echte Diskussionen und Politikentwicklung innerhalb der Fraktion(en). In Zeiten knapper Mehrheiten, war dieser doch stark eingeschränkt, wie der Rückblick auf sieben Jahre Rot-Grün zeigt.

Das bedeutet jedoch nicht, dass in der Großen Koalition alles eitel Sonnenschein wäre und es keinerlei Gefahren gäbe. An den bisherigen Entscheidungen des rot-schwarzen Bündnisses möchte ich die *Chancen*, aber auch *Risiken* parlamentarischen Handelns aufzeigen:

Die Entscheidungen des Kabinetts zur *Rentenreform* und zum *Arbeitslosengeld II* kamen für viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten überraschend,

sind jedoch durch den *Koalitionsvertrag* vorgegeben. Sowohl die Anhebung des Renteneinstiegsalters auf 67 Jahre als auch die Angleichung des Arbeitslosengeldes II in West- und Ostdeutschland, verbunden mit einer Kürzung bei den unter 25-Jährigen, um einen vorhandenen Missbrauch einzudämmen, sind dort klar vereinbart. Nichtsdestotrotz wurde die Entscheidung zur Ausgestaltung und Umsetzung wohl im eher kleinen Kreis getroffen. Im Nachhinein mag dies sogar von Vorteil gewesen sein, zeigt jedoch deutlich die Gefahren auf. Das Gegrummel in Partei und Fraktion war ja dann auch nicht zu überhören.

Im Falle der steuerlichen Absetzbarkeit von Kosten für die *Kinderbetreuung* ist es gelungen, durch Impulse aus der Fraktion heraus eine echte Verbesserung im sozialdemokratischen Sinne zu erreichen. Dieses Beispiel zeigt die Möglichkeiten parlamentarischen Handelns innerhalb der neuen Koalition auf. Die Bedeutung der Fraktion als entscheidender Faktor im sich gerade austarierenden Machtgefüge des Regierungsbündnisses ist gestiegen.

Mehr als nur eine Verhinderungsline

Für die *Parlamentarische Linke* ist das eine Chance, die mit großer Verantwortung verbunden ist. Denn letztlich wird es an ihr liegen, die *Eigenständigkeit der Sozialdemokratie* und ihr Profil im Regierungshandeln hervorzuheben und gleichzeitig diese Koalition im Rahmen des Möglichen zu einem Erfolg zu machen. Denn wir wollen beides: den Erfolg dieser Regierung, um am Ende der Legislaturperiode wieder ohne die Union regieren zu können.

Will die Parlamentarische Linke den *Gestaltungsspielraum* der Fraktion voll ausschöpfen, so wird es nicht reichen, nur korrigierend einzugreifen und nach altem Habitus die Verhinderungslinken zu spielen. Auch wird es nicht genügen, das Regierungshandeln von links lediglich kommentierend zu begleiten – frei

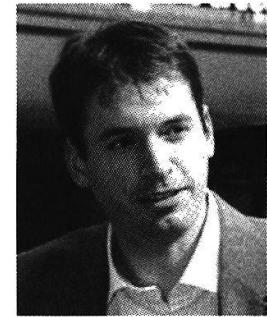
nach dem Motto: Wenn wir dürften, wie wir wollten.

Die Parlamentarische Linke kann als Teil der SPD-Bundestagsfraktion wichtiger Impulsgeber und Motor für sozialdemokratische Politik innerhalb der neuen Regierungskonstellation werden. In bestimmten Situationen wird die Linke nach wie vor *korrigierend eingreifen* müssen, um Schaden abzuwenden. Zwei Themenbereiche möchte ich hier skizzieren, um zu verdeutlichen, wie solch ein Arbeitsansatz aussehen kann: Zum einen ist dies das Feld der Gesundheitsreform und zum anderen ist es das der Föderalismusreform.

Bei der *Föderalismusreform* kommt es in der Tat darauf an, korrigierend einzugreifen. Bei der größten Grundgesetzänderung seit 1949 geht es schließlich um die Frage, wie unsere Republik hinkünftig organisiert sein soll. Aus sozialdemokratischer Sicht gibt es die Notwendigkeit zu dieser Reform. Nur wollen wir eine Stärkung des kooperativen Föderalismus und keinen Wettbewerbsföderalismus. Hier gibt es bei der jetzt ausgehandelten Gesetzesvorlage ein großes Problem: Im Bereich der *Bildungsfinanzierung* soll dem Bund verboten werden, unterstützend einzugreifen. Das heißt, der Bund dürfte zwar Schulen in Tsunami-Gebieten wieder aufbauen, aber im eigenen Land keinen Cent zur Bildungsförderung beisteuern. Auch ein Förderprogramm für Ganztagesbetreuung von Kindern wäre nicht mehr möglich. Und bei der Hochschulfinanzierung werden die sowieso schon starken Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg bevorzugt. Das ist absurd und bedarf einer Korrektur.

Verbindet die Linke ihre Kritik mit dem ursprünglichen Ziel der Föderalismusreform, der Entflechtung von Kompetenzen und gerechterer Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern einerseits und zwischen den Ländern andererseits, so wäre sie nicht nur Korrektiv, sondern auch Motor innerhalb

Fortsetzung auf Seite 126



Niels Annen

Einbruch der Dunkelheit gemieden werden müssen. Wo Wohnungen mit einem halben Dutzend Schlösser gesichert werden, wo Privatschulen notwendig sind, weil die öffentlichen Schulen zu unsicher oder uneffektiv geworden sind. Wer nur die reinen Profitinteressen im Auge hat, darf sich nicht wundern, wenn diese nur recht kurzfristig realisierbar sind und zunehmend geschmälert werden durch einen Verlust der «weichen Standortbedingungen» oder eben des sozialen Friedens.

Baustelle Berlin
(Bild: Vera Rüttimann).



Fortsetzung von Seite
123

der Großen Koalition. Erste Anzeichen aus der SPD-Fraktionsspitze und auch aus den Reihen der Union scheinen dies zu bestätigen.

Die Linke kann bei der anstehenden *Gesundheitsreform* nicht nur Impulsgeberin sein. Da sich die Konzepte von Union und Sozialdemokratie diametral gegenüberstehen, wird es nötig sein, die Debatte mit neuen Ideen zu bereichern und gleichzeitig zu verdeutlichen, dass eine Kopfpauschale mit der Sozialdemokratie nicht zu machen ist. Bei einer geschickten Rollenverteilung zwischen der SPD-Fraktionsspitze, den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern und der Parlamentarischen Linken könnte es auch endlich einmal gelingen, die Union

MO: Heißt «Verlust des sozialen Friedens» auch zunehmende Radikalisierung?

IH: Aus Wut kann Widerstand werden, und der formiert sich derzeit auch im außerparlamentarischen Bereich. Unsere Aufgabe als Linksfraktion liegt darin, die außerparlamentarischen Proteste zu unterstützen und ihnen eine Stimme im Parlament zu geben. Wir wollen eine derart fatale soziale Schieflage in unserer Gesellschaft gar nicht erst aufkommen lassen. •

stärker unter Druck zu setzen. Bislang waren es nämlich die Unionsfraktionen, die durch polyphones Singen ständig versuchten, vom Koalitionsvertrag abzuweichen und die SPD gehörig unter Druck zu setzen.

So gesehen, könnte die Parteilinke in Fraktion und Partei nicht nur Handlungsspielraum gewinnen, sondern zu einer echten Antriebsfeder einer erfolgreichen und solidarischen Politik in Deutschland werden.

Im Übrigen gilt nicht nur für diese Koalition das Strucksche Gesetz: *Keine Gesetzesvorlage kommt so aus dem Parlament, wie sie eingebracht wurde.* Daraus ergibt sich der Handlungsspielraum. •